

Vorstand der ISOR e. V.:

Presseerklärung zur Rentenentwicklung

In Solidarität mit vielen Mitgliedern der Gewerkschaften, der Sozialverbände, in Seniorenvertretungen, in sozialen Vereinen und Parteien, vor allem aber mit großen Teilen der fast 20 Millionen betroffenen Rentner in der Bundesrepublik Deutschland protestieren wir entschieden gegen die vom Bundeskabinett sowie den Partei- und Fraktionsspitzen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen am 19.10.03 gefassten Beschlüsse zur erheblichen finanziellen Mehrbelastung der Rentner und faktischen Kürzung ihrer Altersbezüge, die bereits Anfang November 2003 im Bundestag behandelt werden sollen.

Das Aussetzen der Rentenanpassung und der damit entfallende Ausgleich für eine zu erwartende höhere und zudem verschleierte Inflationsrate, die geforderte Zahlung des vollen Beitrages für die Pflegeversicherung, die geplanten Terminverschiebungen für die Auszahlung der Renten, die rentenkürzende Einführung eines sogenannten Nachhaltigkeitsfaktors, die Abschmelzung der Rentenreserve auf 20 % einer Monatsausgabe und die längerfristig geplante Aberkennung von Ausbildungszeiten bei der Rentenberechnung stellen soziale Einschnitte dar, die wir – bei allem Verständnis für notwendige Reformen, die diese Bezeichnung auch verdienen – nicht akzeptieren können.

Unser Protest verstärkt sich auch noch deshalb, weil viele Bereiche unseres gesellschaftlichen Lebens, wie das Gesundheitswesen, die Energieversorgung, das Verkehrswesen, die Wohnungsverwaltungen, die Kultureinrichtungen und viele andere Dienstleister und Versorgungseinrichtungen angekündigt haben, ihre Preise, Tarife und Zuzahlungen nachhaltig zu erhöhen, was einer zusätzlichen Rentenkürzung gleichkommt.

ISOR e.V. vertritt ca. 26.000 Mitglieder, die den vier ehemaligen Sonderversorgungssystemen der bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR angehörten, die allesamt 10 % ihres Bruttogehaltes, wie auch ihr jeweiliger »Arbeitgeber«, in ihre Rentenversicherung eingezahlt haben.

Einem Teil der Betroffenen dieser Sonderversorgungssysteme (den sogenannten E 3-Gehaltsempfängern und ehemaligen Mitarbeitern

des MfS/AfNS) wird schon ihr gegenwärtiger Rentenanspruch um durchschnittlich 45 % gekürzt. Von der verkündeten Wertneutralität des Rentenrechts kann in diesem Zusammenhang wahrlich keine Rede sein.

Der Vorstand und die Mitglieder von ISOR e.V. kämpfen entschieden sowohl gegen den durch das Bundeskabinett gerade verkündeten Sozialabbau, speziell gegen die generelle Rentenkürzung, als auch gegen noch praktiziertes Rentenunrecht und vorhandene Versorgungsungerechtigkeiten im Osten Deutschlands.

Wir sind uns dabei mit den rund 250.000 in den 21 Verbänden des »Ostdeutschen Kuratoriums« organisierten Mitgliedern einig, die durch ihre Vertreter am 31.05.2003 in Dessau im »Ostdeutschen Memorandum 2003« zu den Renten nachdrücklich forderten:

1. Die Angleichung der Arbeitseinkommen und Renten im Osten an den Standard der alten Bundesländer bis zum Juni 2007.
2. Überführung bisher nicht abgeglichener Ansprüche aus ehemaligen Sonder- und Zusatzversorgungssystemen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung.

Der Vorstand von ISOR e.V. versichert allen vom geplanten Sozialabbau Betroffenen seiner uneingeschränkten Solidarität und wird diesbezügliche Protestaktionen aktiv unterstützen.

Berlin, 29.10.2003

Sind wir dagegen hilflos? von Wolfgang Stuchly

Es ist erschreckend, mit welchem Tempo die sonst so zögerliche rot-grüne Koalition versucht, das antisoziale Paket »Agenda 2010« zu schnüren, um möglichst schnell und noch weit weg von entscheidenden Wahlterminen für die politische Macht in Deutschland vollendete Tatsachen zu schaffen und am Wahltag möglichst gute Ergebnisse einfahren zu können.

Gute Ergebnisse also auf Kosten der unteren Zweidrittel der Gesellschaft in Ost und West zum Nachteil ihrer Löhne und Gehälter, ihrer Arbeitslosengelder und Sozialhilfen, ihrer notwendigen Gesundheitsleistungen, ihrer Versorgungsansprüche und Renten!

Und trotzdem glauben die Einpeitscher von Fraktionsdisziplin gegenüber »Abtrünnigen«, die »Beschwörer vom Untergang des Sozialstaates« und des »Verlustes des Wirtschaftsstandortes Deutschland« eine Wiederwahl in die Regierungsverantwortung nur dann zu erreichen, wenn das Land durch Sozialabbau auf breiter Front ökonomisch und finanziell stabilisiert wird, so dass die Unternehmergewinne weiter steigen können.

Verständlich, dass die Bosse der Unternehmerverbände zur »Agenda 2010« lautstark Beifall klatschen und weitere Schritte in diese Richtung fordern!

Und die Unionsparteien, die das Regierungsprogramm offiziell heftig kritisieren, um verloren gegangenes politisches Terrain – speziell auch im Osten – zurück zu erobern, wollen gleichzeitig aber mit dem »Herzog-Programm« den Betroffenen noch tiefer in die Taschen greifen.

Was also tun?

Lassen wir uns nicht noch weiter auseinander dividieren: Alte gegen Junge, Arbeitende gegen

► Fortsetzung auf Seite 2



Wer nicht kämpft, hat schon verloren

Erfahrungen der TIG Berlin-Hohenschönhausen im Kampf gegen das Rentenstrafrecht

von Klaus Schlegel, Mitglied des Beirates und Vorsitzender der TIG Berlin-Hohenschönhausen

Wir sind mit unseren über 1350 Mitgliedern die zahlenmäßig größte TIG.

In den vergangenen Jahren haben wir eine Struktur aufgebaut, mit deren Hilfe wir uns aktiv in den Kampf gegen Rentenungerechtigkeit und Rentenstrafrecht einreihen.

Dazu gehört ein funktionsfähiger Vorstand mit 9 Mitgliedern ebenso wie 70 Betreuer, die nach territorialen Gesichtspunkten aufgeteilt und für die Betreuung einschließlich Kassierung der Mitglieder zuständig sind. Die TIG ist in 7 Bereiche unterteilt, in denen jeweils ein Vorstandsmitglied für die Anleitung der Betreuer verantwortlich ist. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, wenn diese Vorstandsmitglieder gleichzeitig auch Betreuer einer Gruppe sind, weil dadurch die eigene Erfahrung und damit mehr Sachkenntnis in die praktische Anleitung einfließen kann.

Natürlich entsteht bei unserer hohen Mitgliederzahl auch eine große Mitgliederbewegung durch Zugänge, Abgänge, Umzug usw. Auch hier hat sich bewährt, dass alle diesbezüglichen Aktivitäten durch ein Vorstandsmitglied zentral organisiert und rechnergestützt aufgearbeitet und verwaltet werden.

Einmal monatlich wird für Mitglieder der TIG von 10.00 Uhr bis 16.00 Uhr eine Sprechstunde mit dem TIG-Vorsitzenden, weiteren Vorstandsmitgliedern und einem Mitglied der AG Recht durchgeführt. Hier besteht gleichzeitig die Möglichkeit zur Beratung und für die Abrechnung der Beitragskassierung. Darüber hinaus werden Rentenberatungen nach Bedarf durchgeführt.

Neben individuellen Gesprächen erfolgen planmäßige Anleitungen der Betreuer jeweils im Frühjahr und Herbst durch zentrale Veranstaltungen.

Im Jahre 2002 fand eine Gesamtmitgliederversammlung mit 620 Teilnehmern statt.

Ständig sind unsere aktiven Freunde in ihrer Freizeit ehrenamtlich unterwegs um etwas zu klären, zu informieren, zu beraten, einzuladen, **ISOR aktuell** zu verteilen oder Mitgliedsbeiträge zu kassieren. Viele davon sind bereits 70 Jahre und älter.

Man kann diesen Freundinnen und Freunden nicht genug danken, denn sie tun das uneigennützig, nicht nur für die Senioren, sondern auch für die jüngeren Mitglieder oder für solche ehemalige Angehörige der bewaffneten Organe, die sich zu einer Mitgliedschaft noch nicht entschließen können, den Erfolg aber gern in Anspruch nehmen. Es wäre sehr wünschenswert, wenn die »Jüngeren« auch zu der Erkenntnis kämen, nicht zu warten bis die

»Alten« den Kampf erfolgreich beendet haben. Wollen wir uns damit abfinden, dass unser Einkommen bei der Rentenberechnung nur zum Teil berücksichtigt wird und wir deshalb eine gekürzte Rente erhalten?

Nein, wir müssen um das kämpfen, was uns zusteht. Dazu brauchen wir jeden.

Manchmal wird gefragt, ob sich der große Aufwand lohnt, ob wir denn wirklich noch eine echte Chance haben. Dazu kommt die berechtigte Sorge, ob wir ausreichend Mitglieder haben, die alle Betreuungsaufgaben weiterführen, weil die Älteren es möglicherweise nicht mehr erleben und die Jüngeren dafür zu wenig Bereitschaft und Interesse zeigen.

Einzelne meinen, die finanziellen Beiträge für die ISOR-Mitgliedschaft würden sich nicht rechtfertigen. Hier sei erinnert, dass allein der erkämpfte Zuwachs von 0,7 auf 1,0 Entgelt-punkt bei nur 10 Dienstjahren monatlich das ca. 26fache des Mitgliedsbeitrages ausmacht. Bei 30 Dienstjahren sind das bereits 79 mal so viel. Und das gilt für alle, ob sie jetzt Rentner sind oder es irgendwann werden.

Der weitere Kampf gegen Rentenungerechtigkeit und gegen das Rentenstrafrecht ist schwer, aber nicht aussichtslos. Es gibt deshalb keinen Grund, auf halbem Weg stehen zu bleiben und auf berechnete Ansprüche zu verzichten.

Mit dem 2. AAÜG-Änderungsgesetz vom 27. Juli 2001 kamen Bundesregierung und Gesetzgeber nur dem vom Bundesverfassungsgericht geforderten Minimum nach. Wir fordern, dem BVerfG-Urteil vom 28.04.1999 folgend, das Rentenstrafrecht endlich zu beseitigen. Das ist nicht nur durch rechtliche Schritte, sondern auch vor allem durch intensiven politischen Druck der Betroffenen erreichbar. Ein wirksames Mittel dafür ist die Beteiligung an Veranstaltungen und Protestaktionen gegen Rentenungerechtigkeiten, Rentenkürzungen und jeglichen Sozialabbau. Auch schriftliche Proteste an Politiker, den Petitionsausschuss des Bundestages u.a. sind nach wie vor dringend notwendig. Generell sollte gelten:

Selbst mitmachen!

Andere mitreißen und überzeugen!

Wir haben gute Freunde, die den Kampf mit uns gemeinsam führen, u.a. die Mitglieder des GBM-Ortsverbandes, der GRH und der Kameradschaft des Deutschen Bundeswehrverbandes.

Mehrmals im Jahr führten und führen wir gemeinsame Veranstaltungen durch, wie z.B. Buchlesungen, zur Gesundheitsreform mit Ingeborg Simon, zum AAÜG-Änderungsgesetz, zur Dessauer Konferenz und dem Ostdeutschen Memorandum 2003 mit Prof. Dr. Ernst

Bienert und Dr. Gerhard Dylla erst am 13.10.03. Darüber hinaus ist unsere TIG in der Seniorenvertretung des Stadtbezirkes durch ein Vorstandsmitglied ständig vertreten.

Immer häufiger erhalten unsere ehemaligen Angehörigen der Sonderversorgungssysteme Bescheide von den jeweiligen Versorgungs- oder Rentenversicherungsträgern, woraus sich Handlungsbedarf (Widerspruch, Klage) ergibt. Hier kann Inaktivität oder falsche Reaktion zu erheblichen Nachteilen für die Betroffenen führen. Das betrifft vor allem auch Nichtrentner. Wir begrüßen deshalb den Schritt, Mitglied von ISOR zu werden und unsere Beratung und Hilfe in Anspruch zu nehmen. Niemand hat hier etwas zu verschenken, auch nicht durch rechtliche Inaktivität. Erfreulicherweise haben wir in diesem Jahr bisher 21 neue Mitglieder aufgenommen. In diesem Zusammenhang gilt ein besonderer Dank den Rechtsanwälten Bleiberg und Schippert sowie den Mitarbeitern des Anwaltsbüros für die ständige Hilfe und Unterstützung.

Wir müssen uns künftig noch stärker bemühen, die Erkenntnis zu vermitteln, dass nicht nur die heutigen, sondern vor allem die künftigen Rentner die eigentlichen Nutznießer unseres Kampfes sind. Denken wir daran, der letzte Rentenantrag ehemaliger MfS-Mitarbeiter wird erst im Jahre 2036 gestellt.

Unsere Chance besteht in der konsequenten Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel und Möglichkeiten und einem auf breiter Basis geführten politischen Kampf. **Wir müssen dieser Willkür noch mehr Widerstand entgegensetzen, nur so werden wir unser Ziel erreichen.**

► *Fortsetzung von Seite 1*

Sind wir dagegen hilflos?

Arbeitslose und Sozialempfänger, Ossi gegen Wessi, Deutsche gegen Ausländer.

Stehen wir zusammen, überwinden wir Vorurteile, schaffen wir Kontakte zueinander und handeln wir miteinander, lassen wir uns nicht täuschen über Ursachen und Wirkungen sozialer Prozesse. Die 21 Verbände des Ostdeutschen Kuratoriums haben mit dem »Ostdeutschen Memorandum 2003« und ihrer Resolution »Dem Osten eine Zukunft« Zeichen gesetzt.

Das Konzept »Agenda sozial« der PDS ist eine echte und vernünftige gesamtdeutsche Alternative. Die Demonstration am 1. November in Berlin hat den Willen vieler Betroffener deutlich gezeigt – auch unseren, liebe ISOR-Mitglieder. Wir gehören dazu!

Bei anderen gelesen

Unter dem Titel »Unser Standpunkt: Gespräche sind notwendig« wird im »**Spätsommer**« Verbandsjournal der Volkssolidarität Nr. 5/03 u. a. ausgeführt:

Tagtäglich erfahren wir, dass die Lebenssituation der heutigen und zukünftigen Rentnergeneration im Osten mit der Agenda 2010 komplizierter wird.

Nein, es gibt andere Alternativen. Die Volkssolidarität setzt sich ein für

- ▶ *eine Bürgerversicherung, der alle Bürgerinnen und Bürger ab dem 18. Lebensjahr angehören sollen. Durch die Einbeziehung aller soll mehr Beitrags- und Leistungsgerechtigkeit gesichert werden.*
- ▶ *eine sozial gerechtere Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, indem auch Einkünfte aus Kapitalvermögen, Mieten und Pachten in die Beitragserhebung einbezogen werden. Die paritätische Finanzierung durch Arbeitnehmer und Arbeitgeber soll beibehalten werden.*
- ▶ *sozial gerechte und zukunftsfähige Lösungen bei der Rente. Wenn alle einzahlen und Beamtenpensionen in die gesetzliche Rente überführt werden, hat die gesetzliche Rente*

eine Zukunft. Die Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre lehnen wir ab.

- ▶ *Rentengerechtigkeit in den neuen Bundesländern, insbesondere die Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West.*
- ▶ *ein Bundesseniorenvertretungsgesetz, damit die Entscheidungen nicht über unsere Köpfe hinweg getroffen werden.*

★

In zahlreichen Medien wird z.Zt. der Eindruck vermittelt, als stünden die Länder und Gemeinden im Osten vor dem Aus, weil die Belastungen der Haushalte durch die Ansprüche aus DDR-Sonder- und Zusatzrentensystemen ständig zunehmen. Dadurch könnten geplante Investitionen nicht erfolgen, was wiederum die Schaffung neuer Arbeitsplätze verhindere, ja sogar den Abbau noch vorhandener Stellen verursache.

Der Rentenexperte **Prof. Dr. Ernst Bienert** hat in einer Leserschrift (ND vom 7.10.03) seine Einschätzung dazu deutlich formuliert:

... Zu diesem Problem muss nochmals wiederholt werden, dass weder Bund noch Länder heute einen einzigen Euro für DDR-Zusatz- oder Sonderversorgungen zahlen. Diese DDR-Versorgungen sind bekanntlich mit der Rentenüberleitung 1992 beseitigt worden und an

ihre Stelle sind ganz normale Renten aus der gesetzlichen Rentenversicherung getreten. Im Unterschied zu den alten Bundesländern gibt es im Osten keine Zusatzversorgungen mehr, und das BVerfG hat diese Enteignung sogar als verfassungsgemäß bezeichnet!

Was soll also ständig das Gerede über zu hohe Lasten zur Finanzierung von Zusatzrenten aus DDR-Zeiten? Wo keine Zusatz- und Sonderrenten mehr bestehen, können auch keine Finanzlasten dafür entstehen. 13 Jahre nach dem Anschluss der DDR wird immer wieder neu die Lüge über eine angebliche Besserstellung und über angebliche Privilegien der DDR-Elite aufgewärmt. Immer wieder wird versucht, einen Widerspruch zwischen »bessergestellten« Sonderrentenempfängern und den normalen Rentnern zu konstruieren...

Ob die Lasten neu verteilt werden, sollte den ostdeutschen Rentnern eigentlich egal sein. Sie haben einen Anspruch auf ihre Renten. Nicht egal ist es aber, dass mit diesen Diskussionen immer wieder davon abgelenkt wird, dass noch immer Zehntausende DDR-Bürger ... vom Rentenstrafrecht betroffen sind und die längst fällige Rentenangleichung Ost an West so lange hinausgeschoben wird, bis kein DDR-Rentner mehr lebt.



Aus unseren
TIG



Die Mitglieder der TIG **Wolgast/Insel Usedom** haben sich im Oktober erneut zusammengefunden, um gemeinsam mit unserem Freund Horst Hartrampf (Mitglied des Vorstandes der ISOR e.V.) die aktuelle Lage in unserem weiteren Kampf um die endgültige Beseitigung des Rentenstrafrechtes zu erörtern und unseren Mitgliedern eine Orientierung zu geben für weitere Aktivitäten.

Wir sind uns darüber klar geworden, dass die gegenwärtigen Bemühungen der großen Volksparteien im Bundestag, sich gegenseitig zu überholen beim Um- und Abbau des Sozialstaates Deutschland auf Kosten der kleinen Leute in diesem Land, zum Zusammenbruch des gesamten auf Solidarität der Generationen ausgerichteten Sozialsystems führen kann und für unseren Kampf wesentlich schwierigere und kompliziertere Bedingungen mit sich bringen.

Ich schlage unseren Mitgliedern vor, bei den kommenden Europa-, Landes- und Kommunalwahlen daran zu denken, wer unsere aktivsten Freunde sind in unserem Kampf, auch wenn wir uns derzeit keine Illusionen zu machen brauchen hinsichtlich der kurzfristigen Erreichung unserer Ziele. Denjenigen Mitgliedern in unserem Verband, die zu resignieren

beginnen, die schon ausgetreten sind oder demnächst austreten wollen, da ihnen »die Mitgliedschaft angeblich nichts mehr bringe, da ihre Rentenproblematik ja geklärt sei« usw. möchte ich sagen: Solidarität ist wichtig! Solidarität mit den vielen noch abgestraften Mitgliedern unseres Verbandes! Solidarität war uns immer wesenseigen, wir kennen ihre Bedeutung. Oder wollt Ihr zulassen, dass sich für die derzeit Herrschenden in unserem Land die uralte Lehre vom »Teile und Herrsche« erneut bewährt? Es kommt auf jeden einzelnen an in unserem politischen und juristischen Kampf. Wir haben unseren Mitgliedern in der Beratung folgende Orientierungen mit auf den Weg gegeben:

- ▶ Nicht den Mut verlieren; den Solidaritätsgedanken in den Mittelpunkt stellen; Optimismus ausstrahlen, den Mitgliederbestand zusammenhalten, auch durch geeignete gesellige Maßnahmen im kleineren Bereich.
- ▶ Den politischen und den juristischen Kampf stets als wechselseitige Einheit betrachten und praktizieren. Dazu auch an die Öffentlichkeit gehen, sich in Gesprächen mit Bekannten und Freunden, in Vereinen u.a. sich als ISOR-Mitglied bekennen und unser gerechtes Anliegen erläutern.

▶ An politischen Protestaktionen gegen Sozialabbau auch persönlich teilnehmen.

▶ Möglichkeiten suchen, mit anderen Sozialverbänden, die ähnliche Interessen verfolgen und unseren politischen Zielen aufgeschlossen gegenüberstehen, ins Gespräch zu kommen. Aber auch diejenigen unterstützen, von denen man Hilfe erwartet und bekommt.

▶ Sich auch persönlich mehr trauen als ein noch vom Rentenunrecht Betroffener, mit Stellungnahmen, Lesermeinungen, Erklärungen u.a. an Presse, Politiker, Abgeordnete usw. zu wenden, d.h. nicht nur darauf zu warten, dass andere Freunde dies tun. **Volker Sachse**

★

Unter dem Thema »Die Chancen unseres Landes für eine bessere Zukunft, wie werden wir sie nutzen?« fand am 1. Oktober in **Rostock**, gemeinsam vorbereitet durch die GBM, den BRH, den DBwV, die Volkssolidarität, unsere TIG und andere Verbände und Organisationen, eine Veranstaltung zur Bekanntmachung und Auswertung des Ostdeutschen Memorandums 2003 statt.

Als Referent und Diskussionspartner konnten wir den stellv. Ministerpräsidenten von Mecklenburg-Vorpommern, Prof. Dr. Wolfgang Methling, gewinnen.

Seine Ausführungen widerspiegeln sehr aufschlussreich die derzeitige Situation zur Lösung sozialer Belange. Er verwies auf die Kompliziertheit, ihrem weiteren Abbau erfolgreich entgegen zu steuern. Hoffnungslosigkeit sei